

Projektmeldung | AKP-Staaten | Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten

Annual Action Programme 2017 - Intra AKP Regional 2017, Teil 2

Finanzierungsbewilligung

16.08.2017

Land:	AKP-Staaten
Finanzierung:	Europäischer Entwicklungsfond (EEF)
Kategorie:	Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten
Träger:	Delegation of the European Union

Im Rahmen der Zusammenarbeit der Europäischen Union mit ihren Partnerländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP) unterstützt die Europäische Union den zweiten Teil des Jahresaktionsprogramms 2017 zugunsten der AKP-internen Kooperation durch einen Beitrag in Höhe von 190 Mio. Euro aus Mitteln des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Im Mittelpunkt des Programms stehen dabei die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung unternehmerischen Wachstums. In diesem Rahmen sind insbesondere die Verbesserung von Zugang und Nutzung von Finanzdienstleistung, Unterstützung für Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie Landwirtschaft vorgesehen.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

AKP-Staaten

Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Wirtschaftsstruktur /
Regionalstruktur / Wirtschafts-, Außenwirtschaftsförderung / Finanzwesen, übergreifend / Land- und Forstwirtschaft,
übergreifend / Energie, übergreifend / Mikrofinanzwesen, Agrarkreditwesen / Pflanzenproduktion / Tierzucht /
Stadtentwicklung, Ländliche Entwicklung / Beschäftigungsförderung / Förderung benachteiligter Gruppen
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.